Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Thüringen
2. Wie tickt Putin? Studiotalk mit Paul Schreyer & Boris Reitschuster
3. EU-Nachbarschaftskommissar Hahn: Ukraine-Krise darf Reformtempo nicht verlangsamen
4. Brief an Finanzminister Schäuble: Transparenz bei Eigentümern und Sanktionen
5. The Cyprus confiscation becomes the model for bank insolvency
6. Nouriel Roubini – Die Rückkehr der Währungskriege
7. Russen und Araber finanzieren uns ein Konjunkturprogramm
8. Deflationsgefahr: Fiskalpolitik muss gegensteuern
9. Die is echt ne Marke
10. Von Oslo nach Jerusalem – 20 Jahre rasender Stillstand
11. Iran versus the Islamic State
12. Versagen der reichen Länder
13. Wie Gänse für Daunen leiden müssen
14. Gespräch über Hintergründe des Ukraine-Konflikts
15. Zitat zum Wochenende

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Thüringen**
   a. **Ein Schritt in die Zukunft**
   Bodo Ramelow ist neuer Ministerpräsident von Thüringen. Das rot-rot-grüne Bündnis hat gehalten. Für die ganze Republik ist das ein bedeutender Einschnitt – und ein Schritt in die Zukunft. […]
   Unionsfraktionschef Volker Kauder drohte seinem Koalitionspartner, das werde er der SPD nicht vergessen. Und die Bild-Zeitung trompetete gegen die „Skandal-Wahl“ in Thüringen. Dass sie das Ergebnis demokratischer Wahlen war und die drei Parteien dem Land eine Phase der Unregierbarkeit und politischen Instabilität erspart haben, darüber schweigen diese Kritiker.
   Quelle: Frankfurter Rundschau

b. **Reaktionen zur Ramelow-Wahl – "Ein Tag der Schande"**
Die Wahl Bodo Ramelows zum ersten linken Ministerpräsidenten nach der Wiedervereinigung hat nicht nur Zustimmung geerntet. Vor allem aus den Reihen der CDU und CSU kam Kritik, teilweise auch mit drastischem Tonfall.
CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer hat die Wahl Ramelows scharf kritisiert. "Mit Ramelow ist jetzt ein Top-Agent einer Ex-Stasi-Connection der Linkspartei Regierungschef geworden", sagte Scheuer. "Das ist ein Tag der Schande für das wiedervereinigte Deutschland." Die Wahl mit den Stimmen von SPD und Grünen sei ein Schlag ins Gesicht der SED-Opfer und eine Beleidigung für die Menschen, die vor 25 Jahren in der DDR für die Freiheit auf die Straße gegangen seien. Rot-Rot-Grün werde Thüringen schaden.
Quelle: dpa via T-Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Wahlen gut und schön, aber die Ergebnisse möchten CSU/CDU nicht anerkennen – oder wie jetzt? Ist wohl doch nicht so weit her mit dem Bekenntnis zur Demokratie. "Mit Ramelow ist jetzt ein Top-Agent einer Ex-Stasi-Connection der Linkspartei Regierungschef geworden" – was will uns Scheuer damit sagen? Das ist schon nicht mehr polemisch, das ist nur Schwachsinn und be-Scheuer-t.*

c. **Ramelow und die DDR**
Die Mehrheit der Deutschen habe Probleme mit der Linkspartei und einem Ministerpräsidenten aus der Reihen, weil diese sich nicht von der DDR-Vergangenheit gelöst habe, so lese ich und lese ich, bis ich es auswendig kann. Es ist müßig, sich immer und immer wieder selbst zu wiederholen, aber noch einmal: Was ist das für ein hohles Selbstverständnis, wenn die Herrscher der Öffentlichkeit nicht einmal mehr erwägen, dass solche 'Meinungen' mit dem zu tun haben, was die Gefragten zuvor gehört und gelesen haben? […]
Nicht so die Presse und ihr Widerhall Zwo Null. Seit Wochen lese ich jeden Tag Aussagen von Fachexperten der neoliberalen Konkurrenz den Stuss über eine DDR-Vergangenheit; die alten Lügen, die noch 25 Jahre 'danach' verschweigen, wo die Stalinisten der Ost-CDU, der Bauernpartei und der LDPD zum Beispiel alle geblieben sind. Kein Wort davon. Dafür wird ein alter Sozialdemokrat zum SED-Büttel verklärt, als seien wir wieder in den Sechzigern. Und nachdem also dieser Quatsch täglich verbreitet wurde in dieser Republik der Wendehälse im Kanzler- und Präsidentenamt, dieser aschhkalten Ära von Kommunistenfeinden und Russenhassern, da wird er wieder eingeholt und als 'Meinung' verkauft. Das macht mich nur noch müde. Unendlich müde.

Quelle: Feynsinn

d. **Bilanz nach 15 Minuten Ramelow: Thüringen verstaatlicht, Bananen ausverkauft, 124 Mauertote**
Erfurt (dpo) – Ob die thüringischen Wähler DAS erwartet haben, als sie bei der Landtagswahl ihr Kreuz bei den Linken machten? Bereits nach 15 Minuten unter Bodo Ramelow als Ministerpräsident ist Thüringen kaum wieder zu erkennen. So wurde der Freistaat umgehend zur marxistischen Räterepublik umstrukturiert; Bananen sind Mangelware; eine Mauer befindet sich bereits im Bau.
Quelle: Der Postillon

2. **Wie tickt Putin? Studiotalk mit Paul Schreyer & Boris Reitschuster**
Das phoenix-Thema "Wie tickt Putin?" wirft einen Blick in die Seele des russischen Präsidenten, um herauszufinden, was ihn bewegt. Michael Sahr begrüßt dazu Paul Schreyer (Autor des Buches "Wir sind die Guten: Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren") sowie Boris Reitschuster (Russland-Experte vom Focus-Magazin).
Quelle: Phoenix via YouTube
3. **EU-Nachbarschaftskommissar Hahn: Ukraine-Krise darf Reformtempo nicht verlangsamen**
Bereits in den nächsten Tagen wird die zweite Tranche des "makrofinanziellen Hilfsprogramms" der EU an die Ukraine ausgezahlt, verkündet der für Nachbarschaftspolitik zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn im Exklusiv-Interview mit EurActiv.de. Diese Finanzspritze ist mehr als nur an eine Erwartungshaltung gebunden. […]
Jede weitere substantielle Unterstützung wird von den Reformen, welche die Regierung umsetzt, abhängen. Hier besteht eine eindeutige Konditionalität und das ist nicht nur im Interesse der EU sondern der Ukraine selbst. Auch die sogenannte Geberkonferenz möchte ich eher als "Reformkonferenz" sehen. Es geht darum, ein Klima zu schaffen, das Investoren anzieht. Dafür müssen aber die notwendigen Reformen ohne Verzug umgesetzt werden[…]
Das heißt aber nicht, dass wir nicht auch auf die Krise im Osten des Landes reagieren. Erst am Freitag (28. November) wurden erweiterte Sanktionen gegen die Separatisten beschlossen. Doch Sanktionen sind kein Selbstzweck. Oberste Priorität muss eine Lösung auf dem Verhandlungsweg sein. Hier ist jetzt eindeutig Russland gefordert, zur De-Eskalation beizutragen.
Quelle: Euractiv

Teil II: Hahn: EU-Interessen bestimmen Tempo der Erweiterung
[…] Worauf werden Sie als der für die EU zuständige Kommissar beim Reformprozess

in den Kandidatenländern besonderen Wert legen?
Das betrifft vor allem auf die Reformen im Wirtschaftsbereich konzentrieren. Allerdings zählt für mich das Prinzip "Qualität geht vor Geschwindigkeit". Ziel muss es sein, die Länder so gut auf den Beitritt vorzubereiten, dass die Erweiterung auch für die EU klare und von den Bürgern nachvollziehbare Vorteile bringt. Die EU-Interessen müssen wieder mehr im Vordergrund stehen. Dann wird sich auch die derzeit skeptische Haltung, die derzeit in vielen Mitgliedstaaten herrscht, zum Positiven wenden.
Und welche Perspektive sehen Sie aktuell im Verhältnis zwischen der EU und der Türkei?
Dabei handelt es sich um einen offenen Verhandlungsprozess – wie bei allen anderen Kandidatenländern. Und wie alle anderen Kandidaten- und Beitrittswerberländer hat die Türkei es selbst in der Hand, die Dynamik der Verhandlungen zu bestimmen. Bei der Qualität gibt es aber seitens der EU keinen Kompromiss. Es ist klar, dass sich die Türkei eindeutig zu europäischen Standards wie Pressefreiheit, Gleichstellung von Männern und Frauen, Gewährleistung der Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit etc. bekennen muss, will sie weiterhin auf dem Weg Richtung EU voranschreiten.
Quelle: Euractiv

Anmerkung unseres Lesers C.B.: *Die Verantwortlichen in der EU (hier EU-Kommissar Hahn) sind Sprechblasen-Maschinen: Reform, Reform, Reform, europäische Interessen, europäische Werte, Investoren… Die Ukraine wird also für westliche Investoren zusammengekürzt, pardon, reformiert. Die Personalentscheidungen in der Ukraine sprechen eine deutliche Sprache: eine US-Amerikanerin, die im US-Außenministerium und bei Investmentfonds gearbeitet hat, wird Finanzministerin. Ein Litauer, der ebenfalls bei Investmentfonds arbeitete, wird Wirtschaftsminister. Und dann werden Sanktionen gegen "Separatisten" verhängt und im nächsten Satz gesagt, es liege an Russland nun zu de-eskalieren. Wer so die eigene Sichtweise verabsolutiert und das Handeln der EU beschönigt, muss wohl für die Sichtweisen der anderen blind sein.*
Gern hatte ich auch gelesen, was denn genau die EU-Interessen für Herrn Hahn sind. Und was denn die europäischen Standards sind, die Hahn und viele andere gerne beschwören. Verfassungsbrüche wie bei der "Ablösung" Janukowitschs der Ukraine oder die massiven "Unstimmigkeiten" bei den Wahlen in Moldawien (siehe hier) scheinen ja in Ordnung zu sein. Übrigens wurde gerade mit Moldawien ein Assoziierungsabkommen im EP zugestimmt (siehe hier bspw.). Ein Assoziierungsabkommen mit Georgien folgt in Kürze. Legale Steuertricks von Großkonzernen, die den Staaten Milliarden kosten, sind offenbar auch mit

Grundwerten vereinbar – zu lange waren diese tax ruling allen Finanzpolitikern bekannt, aber gemacht haben sie Nix.. Und was, die mindestens zwanzigtausend ertrunkenen Flüchtlinge mit Grundwerten zu tun haben, will ich gar nicht fragen.

4. **Brief an Finanzminister Schäuble: Transparenz bei Eigentümern und Sanktionen**
   Unter Federführung des Netzwerks Steuergerechtigkeit haben verschiedene Organisationen den deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble aufgefordert, nicht länger die Anstrengungen für echte Transparenz über die Eigentümer von Firmen und Stiftungen auf EU-Ebene zu blockieren.
   Quelle: Netzwerk Steuergerechtigkeit
5. **The Cyprus confiscation becomes the model for bank insolvency**
   I am still sifting through the documents from the recent G20 Summit in Brisbane to see what our esteemed leaders (not!) have planned as their next brilliant move to reinforce neo-liberal principles. One of the least talked about outcomes from the recently concluded G20 Summit in Brisbane were the agreed changes to the banking systems operating in the G20 nations. The dialogue started in the G20 Finance Ministers' and Central Bank Governors' Meeting in Washington in April 2014. Clause 8 in the official Communiqué covered the aim of the G20 "to end the problem of too-big-to-fail" and signalled the "development of proposals by the Brisbane Summit on the adequacy of gone-concern loss absorbing capacity of global systemically important banks (G-SIBs) if they fail." The Brisbane Summit would consider these proposals. The aim was to "give home and host authorities and markets confidence that an orderly resolution of a G-SIB without exposing taxpayers to loss can be implemented". You won't believe what they came up with.
   Quelle: Bill Mitchell
6. **Nouriel Roubini – Die Rückkehr der Währungskriege**
   Die jüngste Entscheidung der Bank of Japan, das Ausmaß der quantitativen Lockerung auszuweiten, ist ein Signal dafür, dass möglicherweise eine weitere Runde von Währungskriegen bevorsteht. Bei den Bemühungen der BOJ zur Schwächung des Yen handelt es sich um einen Ansatz im Stile der Beggar-thy-neighbor-Politik, die in Asien und auf der ganzen Welt politische Reaktionen hervorruft.
   Aus Angst vor dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Japan lockern die Zentralbanken in China, Südkorea, Taiwan, Singapur und Thailand ihre Geldpolitik – oder werden diese Strategie demnächst verstärkt umsetzen. Die Europäische Zentralbank sowie die Zentralbanken der Schweiz, Schwedens, Norwegens und einiger zentraleuropäischer Länder dürften mit quantitativer Lockerung beginnen oder sich anderer unkonventioneller Strategien bedienen, um die Aufwertung ihrer

Währungen zu verhindern.
Quelle: Project Syndicate

7. **Russen und Araber finanzieren uns ein Konjunkturprogramm**
Bevor es mit dem Einbruch der Ölpreise losging, importierte Deutschland jährlich Energie für etwa 130 Milliarden Euro. Wenn es von nun an nur noch 90 Milliarden sein sollten – im laufenden Quartal liegt der Ölpreis um rund 30 Prozent niedriger als in den drei vorangegangenen Quartalen –, verringern sich die Ausgaben für Einfuhren überschlägig gerechnet um 40 Milliarden Euro oder um 1,4 Prozent des nominalen BIP, bei gleichem Einfuhrvolumen wie vorher. Das ist wie ein Geschenk, das von der Größenordnung her bei Weitem alle Konjunktur- und Wachstumsprogramme übertrifft, die derzeit diskutiert werden. Anders gewendet, es verbleiben dem Inland zusätzlich 40 Milliarden Euro, die sonst an Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland entstanden wären. Auf einmal wäre die Kaufkraft da, und zwar nicht in Form von geliehenem Geld, das eines Tages zurückzuzahlen ist. Es entsteht zusätzliches Einkommen. Das nennt sich terms-of-trade-Effekt: Für eine bestimmte Menge an Einfuhren muss weniger exportiert, also an inländischen Ressourcen eingesetzt werden.
Quelle: ZEIT Herdentrieb

passend dazu: **Heiner Flassbeck im Interview mit Radio Bremen**
Quelle: Flassbeck Economics

8. **Deflationsgefahr: Fiskalpolitik muss gegensteuern**
Die Eurozone steuert auf eine Deflation zu. Auf gerade 0,3 Prozent ist die durchschnittliche Inflationsrate gefallen. Besonders betroffen sind die europäischen Krisenländer. Jetzt muss Europa mit öffentlichen Investitionen gegegensteuern, Sparpolitik und Lohndrückerei beenden.
Die Inflationsrate in der Eurozone sinkt weiter. Im November stiegen die Preise nur noch um 0,3 Prozent. die Deflation rückt trotzdem näher, obwohl die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Geldschleusen weit geöffnet hat und der Euro gegenüber dem US-Dollar abgewertet hat. Bislang ist die Zentralbank erfolglos, Preise in Richtung Zielinflationsrate, die bei knapp unter zwei Prozent liegt, zu bewegen. Auch die Kerninflationsrate, bei der die Preisentwicklung von Energie und Lebensmitteln herausgerechnet wird, liegt mit 0,7 Prozent weit unter dem Zielwert. Und selbst die langfristigen Inflationserwartungen sinken.
Diese Entwicklung ist insbesondere in einer Krisensituation gefährlich, denn in Erwartung sinkender Preise werden Kauf- und Investitionsentscheidungen in eine ungewisse Zukunft aufgeschoben. Folge: Der ohnehin geschrumpfte europäische Markt wird noch kleiner. Gewinnaussichten schwinden und damit die Hoffnung auf

neue Investitionen. Das Risiko einer „Deflationsspirale“ wird immer größer, die Konjunktur flaut ab, was die Preissteigerung weiter bremst.

Quelle: DGB klartext

9. **Die is echt ne Marke**
   Die Bundesliga ist ein intaktes Produkt. An ihrer Spitze findet zwar kein Wettbewerb mehr statt, man tut aber weiterhin so als sei alles im Lot. Die Markt- ist halt vor allem eine Markengesellschaft. Und Marken sind nicht – sie tun nur so als ob.
   Neulich zappte ich rüber zur »Sportschau«. Sie brachten gerade die Tabelle nach dem Spieltag. Dortmund im Keller. Und Wolfsburg könne bei einem Sieg am Sonntag der letzte Bayern-Verfolger bleiben. Ich rieb mir die Augen. Von Verfolgung kann doch keine Rede sein. Die Bayern sind unantastbar.
   Kaum Gegentore, keine Niederlage. Sie eilen nun die dritte Saison in Folge von Sieg zu Sieg. Verfolgt wurden sie in dieser Zeit nicht. Die vermeintlichen ersten Bayern-Verfolger waren bestenfalls die ersten chancenlos Deklassierten. Der Wettbewerb an der Tabellenspitze findet faktisch gar nicht mehr statt. Spannung sieht anders aus. Die Meisterschaft ist ein abgekartetes Spiel. Jetzt als Sportjournalist noch von Jägern und Verfolgern sprechen, ist einfach nur albern.
   Quelle: Neues Deutschland
10. **Von Oslo nach Jerusalem – 20 Jahre rasender Stillstand**
    “Wo ich bin, da kannst du nicht sein”, sagt der Feind zum Feind. Genau diese Einsicht führt direkt zu einer Zwei-Staaten-Lösung im Nahost-Konflikt, und sie führt zugleich direkt in ihr Scheitern. Weil sich keine Seite mit dem Umkehrschluss abfindet: “Wo du bist, da kann ich nicht sein.” Und so hat der Friedensprozess von Oslo mit dem Konzept zweier Staaten keine Lösung, sondern ein Problem geschaffen. Das Ziel dieses Konzepts, das vor bald 20 Jahren – ebenfalls in Oslo – mit einem Friedensnobelpreis für Rabin und Arafat belohnt und dadurch ermutigt werden sollte, hat sich längst als ein verfehltes Ziel erwiesen – weil es in den 20 Jahren seitdem immer wieder verfehlt wurde und weil es vielleicht schon von Anfang an verfehlt gewesen ist. Sollten Beteiligte und Vermittler also statt um den richtigen Weg eher um das richtige Ziel ringen?
    Quelle: hr2 Der Tag [MP3]
11. **Iran versus the Islamic State**
    The Islamic State (IS) offensive in Iraq has been blunted. Kurdish troops and the Iraqi national army have even made slow progress in pushing IS back. US and allied

airpower has played an important role, hitting IS positions and convoys hard.
However, Iranian Revolutionary Guard Corps (IRGC) advisers have been on the ground and more recently Iranian jets have launched airstrikes. The IRGC's General Qasim Soleimani has allowed himself to be photographed on the battlefields so often, it suggests political ambitions – at least to Western observers. […]
Though IRGC assistance in Iraq aims to limit US influence, it also demonstrates willingness to cooperate with the US on strategic matters. It isn't the first time the two putative enemies have cooperated. Iran helped the US drive out the Taliban in 2001 by providing intelligence and offering to help rescue downed pilots. Its advisers had served with the Northern Alliance for many years – long after the US had quit Afghanistan shortly after the Russian withdrawal in 1989. And Soleimani's effort to bring stability to the Baghdad government were hardly at odds with American aspirations.
These efforts had little effect in softening the US stance on Iran.
Quelle: Asia Times

Anmerkung JB: *Dieser Konflikt wird von Tag zu Tag unübersichtlicher. Nun kämpft also Iran Seit´ an Seit´ mit dem „großen Satan" USA gegen IS. Rein pragmatisch betrachtet, ist diese Entwicklung nur folgerichtig. Es scheint so, als hätten die Unterstützer des IS – allen voran Saudi Arabien – wie Goethes Zauberlehrling Geister beschworen, die sie nun nicht mehr loswerden. IS bedroht nicht mehr „nur" – was sicherlich ursprünglich beabsichtigt war – das Assad-Regime in Syrien, sondern auch die schwache Zentralregierung im Irak. An einem erneuten Implodieren der staatlichen Strukturen im Irak können aber weder Saudi-Arabien, noch Iran oder die USA ein Interesse haben. Nachdem paradoxerweise der ehemalige IS-Sponsor Saudi-Arabien nun zähneknirschend auf Drängen Washingtons der „Internationalen Allianz gegen den Islamischen Staat" beigetreten ist, ist es auch folgerichtig, dass mit Iran die zweite regionale Großmacht – wenn auch inoffiziell – mit dem Bündnis kooperiert. Für Iran steht einiges auf dem Spiel. Ein fundamentalistischer salafitischer Terrorstaat im eigenen Hinterhof, dessen bester Freund der – allen Gerede vom kleinen (Israel) und großem (USA) Satan zum Trotz – natürliche Erbfeind Saudi-Arabien ist, ist für Iran ein echter Albtraum. So kommt es dann auch zur paradoxen Situation, dass Iran, die USA und Saudi-Arabien de facto zu Verbündeten werden.*

12. **Versagen der reichen Länder**
In der Gründungscharta der Vereinten Nationen von 1945 gaben sich die "Völker der Vereinten Nationen fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren". An dieser Zielsetzung der Verhinderung von Kriegen sind die

Mitglieder der Weltorganisation völlig gescheitert. Selbst die Eindämmung und Beendigung von Gewaltkonflikten gelingt wegen der Interessenlagen und -konflikte der Vetomächte sowie von Nachbarstaaten des Kriegsschauplatzes immer seltener. Die aktuellen Beispiele für dieses Versagen heißen Syrien, Ukraine oder Zentralafrikanische Republik. Schon seit Ende des Kalten Krieges hat das UNO-System für viele Mitgliedstaaten im Wesentlichen nur noch die Funktion, humanitäre (Überlebens-)Hilfe für die Opfer von Gewaltkonflikten oder Naturkatastrophen zu leisten sowie Wiederaufbauhilfe für zerstörte Regionen. Aber selbst diese Funktion können die UNO und ihre Sonderorganisationen infolge der unzureichenden finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten immer weniger erfüllen.
Die Einstellung oder drastische Reduzierung der Nahrungsmittelhilfe für 1,7 Millionen syrische Flüchtlinge sowie bereits im Sommer für 850.000 Flüchtlinge in Afrika sind nur das bislang dramatischste Indiz für diese alarmierende Entwicklung. Sie ist in erster Linie ein Versagen der reichen Länder nicht nur Europas und Nordamerikas, sondern auch der reichen Ölstaaten im Nahen Osten. Von der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten abhängige Beiträge an die humanitären UN-Organisationen statt freiwilliger Zahlungen wie bislang an das Welternährungsprogramm sind unerlässlich, um die UNO zumindest auf dem Gebiet der Überlebenshilfe für Opfer von Kriegen und Naturkatastrophen wieder handlungsfähig zu machen. Ansonsten verliert sie ihre Legitimität.
Quelle: taz

Anmerkung Orlando Pascheit: *Gerade Deutschland könnte hier seiner weltweiten Verantwortung stärker nachkommen und die Freiheitsgrade vieler Menschen in Bezug auf ausreichende Nahrung und gesichertes Unterkommen erhöhen. Solange wir allerdings selbst in Deutschland Flüchtlinge in Zelten überwintern lassen, sehe ich schwarz für die Umsetzung der so großsprecherisch formulierten "internationalen Verantwortung". – Es geht nicht darum, dass Deutschland die von Andreas Zumach geforderte Hilfe alleine trägt, aber Deutschlands Spitzendiplomaten könnten sich verstärkt dafür einsetzen, dass die reichen Staaten dieser Erde die zugesprochenen finanziellen Hilfen für UNO einhalten und je nach Lage auch erhöhen.*

13. **Wie Gänse für Daunen leiden müssen**
Daunenjacken sind in und z.T. sehr teuer. Sie sind zum neuen Modetrend im Winter geworden. Doch was in ihrem Inneren für Federn sind, das kann man kaum nachweisen. Denn längst ist es vor allem in Polen, Ungarn und Frankreich üblich, die Gänse bei lebendigem Leib zu rupfen. Je öfter die Tiere gerupft werden, desto besser sind anschließend die Daunen. Die Tiere erleiden dabei Höllenqualen. Die Händler und

Gänsezüchter sind davon unbeeindruckt, denn mit den Gänsefedern lässt sich viel Geld verdienen. Schuld am sogenannten Lebendrupf ist auch ein Schlupfloch in einer EU-Richtlinie, die eigentlich dem Schutz der Tiere dienen sollte.
Quelle: Europamagazin

Anmerkung Orlando Pascheit: *Wenn unsere "Fleischeslust" schon die grausamen Bedingungen der Massentierhaltung duldet, so könnten wir doch beim Weihnachtseinkauf für unsere Lieben damit beginnen, uns das Leid unseres tierischen Du in Erinnerung zu rufen. Auch die schicken Pelzkragen bestehen immer noch zu einem großen Teil nicht aus Kunstfell, sondern aus unter grausamsten Bedingungen gehäutetem Tierfell. (Einmal ganz davon abgesehen, dass die Tierschutzorganisation Vier Pfoten bei Tests in vielen Pelzprodukten im deutschen Verkauf siebenmal so viel krebserregendes Formaldehyd wie erlaubt fand.)*

14. **Gespräch über Hintergründe des Ukraine-Konflikts**
Wolfram Wessels im Gespräch mit Ulrich Teusch Christian Wehrschütz: Brennpunkt Ukraine. Gespräche über ein gespaltenes Land Styria, 312 Seiten, 24,99 Euro
Ronald Thoden, Sabine Schiffer (Hg.): Ukraine im Visier. Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen Selbrund Verlag, 315 Seiten, 16,80 Euro
Peter Strutynski (Hg.): Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen Papyrossa, 213 Seiten, 12,90 Euro
Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage C. H. Beck, 427 Seiten, 16,95 Euro
Quelle: SWR2
15. **Zitat zum Wochenende**

> "Wo Recht zu Unrecht wird,
> wird Widerstand zur Pflicht."
> – Johann Wolfgang von Goethe